"""KANTON solothurn

## Staatskanzlei

Information

Rathaus / Barfüssergasse 24 4509 Solothurn Telefon 032 627 20 70 kanzlei@sk.so.ch www.so.ch

## Medienmitteilung

Tiergesundheitsdienste: Neue Verordnung und Mitsprache der Kantone

Solothurn, 4. Juni 2019 – Die Organisation der Tiergesundheitsdienste für Schweine, Kleinwiederkäuer und Bienen sowie deren finanzielle Unterstützung durch Bund und Kantone ist aktuell in drei Verordnungen festgelegt. Der Bund will diese nun in einer Verordnung zusammenfassen und gleichzeitig die Gesundheitsdienste für Rinder miteinschliessen.

Hintergrund: Die Tiergesundheitsdienste fördern aktiv die Tiergesundheit und unterstützen die Tierhaltenden in allen Fragen der Tierhaltung. Sie sind eine Entlastung wertvolle Unterstützung und bei der Umsetzung der Tierseuchengesetzgebung. Bund und die Kanton unterstützen die Tiergesundheitsdienste finanziell in einem in Verordnungen klar definierten Rahmen.

## Dieselben Voraussetzungen für alle

Die Zusammenführung der Verordnungen hat Ziel. zum Tiergesundheitsdienste soweit möglich dieselben Voraussetzungen für Beiträge des Bundes und der Kantone zu schaffen. Ihre Leistungen sollen dieselben Anforderungen umfassen. Gemäss Verordnungsentwurf schliesst das Bundesamt für Lebensmittelsicherheit Veterinärwesen die und (BLV) Leistungsvereinbarungen mit den Gesundheitsdiensten ab und nimmt die Aufsichtspflicht wahr. Die Tiergesundheitsdienste sind dem **BLV** auskunftspflichtig.

## Kanton Solothurn will mitreden

Der Regierungsrat stimmt der Zusammenführung der Verordnungen zu. Er ist jedoch der Meinung, dass die Kantone, welche einen wesentlichen finanziellen Beitrag leisten, mit befugt sein müssen, Ziele und Leistungen der Tiergesundheitsdienste festzulegen. Er fordert deshalb, dass die Steuerung und Finanzierung der Tiergesundheitsdienste über eine Dachorganisation erfolgen soll, worin neben dem Bund auch die Kantone und die Branchen vertreten sind. Die Tiergesundheitsförderung als gewichtiges Ziel der AP 2022+ kann nur gelingen, wenn alle drei Partner, Bund, Kantone und Branchenorganisationen gemeinsam die Strategie bestimmen und die Aufsicht wahrnehmen.